

Weltbankprojekt geplatzt – Pyrrhussieg gegen Peking?

Das jüngste Weltbankprojekt in China, das monatelange Kontroversen nach sich gezogen hatte, ist geplatzt. Es sah eine Kreditspritze von 160 Millionen Dollar vor und sollte, wie es offiziell hieß, „der Armutsbekämpfung in West-China“ dienen. (s. Tibet und Buddhismus, Heft 50) Tibetorganisationen waren Sturm gelaufen, weil das Projekt für 40 Millionen Dollar eine Umsiedlungsaktion vorsah: 58.000 chinesische Bauern sollten aus dünnen Berggebieten in die fruchtbaren Regionen Zentral-Amdos, in den Distrikt Dulan, umgesiedelt werden, um intensive Landwirtschaft zu betreiben. Die Tibeter fürchteten, daß sie durch die Ansiedlung der Chinesen in einem wichtigen Teil ihres Landes marginalisiert würden. Der Weltbank warfen sie vor, mit ihrem geplanten Kredit die Sinisierung Tibets voranzutreiben. Auch in den Reihen der Weltbank, zum Beispiel von amerikanischen und deutschen Geldgebern, wurde Kritik laut.

Die weltweiten Proteste hatten letztes Jahr dazu geführt, daß die Weltbank eine Kommission einberief, um die Folgen der geplanten Aktion zu beleuchten. Drei Experten der Bank bereisten im vergangenen Jahr die betroffene Gegend. In ihrem Anfang Juli 2000 vorgelegten Bericht kamen sie zu dem Schluß, daß die Projektplanung gegen sieben grundlegende Prinzipien der Bank verstoße, unter anderen gegen Richtlinien in bezug auf die Umwelt, die Politik zu den indigenen Völkern und zur Umsiedlung sowie zur Transparenz von Informationen. Der Rat der Exekutivdirektoren folgte der Kritik der Experten und formulierte Bedingungen, die China einhalten muß, damit die Gelder fließen können. Die Änderungen hätten das Projekt um weitere 15 Monate verzögert. Peking zog daraufhin seinen Antrag auf den 40 Millionen Dollar-Kredit zurück und gab bekannt, daß es die Umsiedlung und wirtschaftlichen Aktivitäten in Qinghai nun allein, ohne

Gelder der Weltbank durchführen werde. Dies wurde offenbar auf höchster Ebene von Premierminister Zhu Rongji nach Gesprächen mit Bankiers entschieden.

Die „International Campaign for Tibet“, die die Proteste von Washington aus federführend organisiert hatte, feierte das Scheitern der Zusammenarbeit zwischen Weltbank und chinesischer Regierung in diesem Projekt als Erfolg, weil der Schutz der Umwelt und die sozialen Belange der einheimischen Bevölkerung in Tibet international anerkannt worden seien. China sei daran gehindert worden, seine Politik des Bevölkerungstransfers mit internationaler Billigung durchzuführen. Es sei das erste Mal, daß sich eine internationale Institution gegen die chinesische Regierung behauptet habe, hieß es aus Kreisen der Tibet-Unterstützer. Allerdings wurden auch Zweifel laut, ob wirklich etwas für die Tibeter erreicht worden ist. Das Tibet Information Network (TIN) vermutet, daß China nun noch mehr Bauern umsiedeln wird, als in Zusammenarbeit mit der Weltbank geplant, was einem Pyrrhussieg gleichkäme. Die Zahl der chinesischen Siedler war auf Drängen der Bankiers zu Beginn der Gespräche im Sommer 1999 schon von 100.000 auf 60.000 reduziert worden. Folgt Peking nun seinen ursprünglichen Plänen, 100.000 Chinesen anzusiedeln, würde die Bevölkerungszahl in der betreffenden Region mehr als verdoppelt werden. TIN geht auch davon aus, daß neue Städte entstehen, die einen weiteren Zuzug von Chinesen ermöglichen, so daß sich das gesamte soziale Gefüge in Dulan und Umgebung verändert. Die chinesische Regierung hat Informationen von TIN zufolge schon früher betont, daß die Umsiedlungsaktion in Dulan ein Modell für die weitere Entwicklung in der Provinz Amdo sei, wobei es darum geht, die Landwirtschaft zu modernisieren, Bodenschätze auszubeuten und die Infrastruktur auszubauen. *bs*

Desolate Menschenrechtslage in China

Die massivste Niederschlagung von Dissidenten-Protesten in China seit einem Jahrzehnt beklagt Amnesty International in seinem Jahresbericht für 1999. In dem im Juni 2000 veröffentlichten Report wirft die Menschenrechtsorganisation China tausende willkürliche Verhaftungen, unfaire Gerichtsverfahren und weit verbreitete Folter vor. Amnesty weiß von rund 18.000 Exekutionen in China in den 90er Jahren, wobei diese Zahl nach Einschätzung der Menschenrechtler weiter unter der wirklichen Zahl liegt. Opfer des bruta-

len Vorgehens waren zumeist politische Dissidenten, Menschenrechtler, Mitglieder von religiösen oder spirituellen Gruppen und Aktivisten, die sich für bessere Arbeitsbedingungen einsetzten. Amnesty International spricht von schweren Menschenrechtsverletzungen in Tibet, wo vornehmlich Buddhisten und Nationalisten Opfer der staatlichen Gewalt sind.

Auch die US-amerikanische Regierung betrachtet die Lage in Tibet als besorgniserregend. Die Koordinatorin für Tibet, Julia Taft, erstattete im Juni 2000 dem Senat

Bericht und erwähnte neben der Verschärfung der Menschenrechtslage auch die zunehmende Kontrolle der Regierung über die Klöster und die Mönche und Nonnen. Darüber hinaus isoliere die wirtschaftliche Entwicklung in China die Tibeter, die nicht vom Wachstum profitierten. Es seien vor allem die chinesischen Einwanderer, die sich die Veränderungen im Wirtschaftsleben zunutze machten. All dies, verbunden mit fortgesetzter Einwanderung von Chinesen und der Bevorzugung der chinesischen Sprache schwäche die soziale und wirtschaftliche Position der einheimischen Bevölkerung in Tibet. „Die Tibeter partizipieren nicht

am Wirtschaftsboom in der Region“, sagte Taft vor den Senatoren. Auch politisch hätten die Tibeter wenig Chancen, auf ihre Situation Einfluß zu nehmen: „Sie sind entmachtet worden“, stellt die Koordinatorin fest.

In New York erschien jüngst ein Fotoband mit mehr als 100 Aufnahmen aus Tibet. Er enthält u.a. Bilder von Gefängnissen, die heimlich aufgenommen wurden. Im Textteil finden sich Berichte über die politische Situation, Interviews mit Exiltibetern und offizielle Dokumente zu Tibet: „Tibet Since 1950: Silence, Prison, or Exile. Rare Photographs Document Chinas Repression.“ Human Rights Watch/Aperture, New York, Juni 2000. *bs*

Eilaktion: Sorge um inhaftierten Ngawang Choephel



Die Mutter des tibetischen Musikstudenten Ngawang Choephel erhielt im Sommer 2000 von den chinesischen Behörden die Erlaubnis, ihren Sohn im Gefängnis in Tibet zu besuchen. Ngawang Choephel, dessen Eltern 1968 nach Indien geflohen waren und der im Exil aufgewachsen ist, war 1995 nach Tibet gereist, um im Rahmen seines Studiums eine Filmdokumentation über traditionelle tibetische Musik und Tanz zu machen. Ende August 1995 wurde der 34-jährige in Shigatse verhaftet und Mitte September wegen „Spionage für die tibetische Regierung im Exil“ zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt. (s. Tibet und Buddhismus, Heft 48, Seite 40)

Seine Mutter Sönam Dekyi, die in Indien im Exil lebt und sich lange dafür eingesetzt hatte, ihren Sohn zu sehen, erhielt nun die Gelegenheit, für sechs Tage nach Tibet zu reisen. Begleitet wurde sie von ihrem Bruder Tsering Wangdu sowie zwei tibetischen Beamten.

Zweimal durfte sie Ngawang Choephel sehen. Während des Treffens blieben Mutter und Sohn durch eine Barriere voneinander getrennt. Sie durften sich nicht berühren und wurden von der Aufsicht angewiesen, nicht über die chinesische Verfassung und die Gesetze zu sprechen. Sönam Dekyi berichtet erschüttert über den schlechten Gesundheitszustand ihres Sohnes. Er sei nur noch Haut und Knochen, sein Gesicht sei gelb, und er wirke körperlich und geistig geschwächt. Eine Woche vor ihrem Besuch sei er im Krankenhaus gewesen. Er habe mit Leber-, Lungen- und Magenleiden zu kämpfen. Schon im Oktober 1998 habe er Symptome von Bronchitis, Lungenentzündung und Hepatitis aufgewiesen. Es ist allgemein bekannt, daß der Gesundheitszustand der Häftlinge in tibetischen Gefängnissen sehr schlecht ist, da die Verpflegung ärmlich und die sanitären Verhältnisse mangelhaft sind. Zu der Befürchtung, daß Ngawang Choephel gefoltert wurde, konnten die Verwandten ihn in Gegenwart der Gefängnisaufsicht nicht befragen. Ein Beamter habe allerdings gesagt, daß er „ein schwieriger Gefangener“ sei, der nicht in der Lage wäre, „seine Verbrechen voll zu bekennen“. Laut Amnesty International entgehen nur wenige Häftlinge in Tibet Folter und Mißhandlung.

Amnesty International hat Ngawang Choephel als Gewissensgefangenen anerkannt und kämpft für seine Freilassung, da er ein gewaltloser politischer Gefangener ist. Die Menschenrechtsorganisation nahm die Aussagen seiner Mutter zum Anlaß, eine Eilaktion für den jungen Exiltibeter zu starten und bittet um Ihre Beteiligung. Teilen Sie den Verantwortlichen Ihre Sorge über das Schicksal von Ngawang Choephel mit und fordern Sie die sofortige und bedingungslose Freilassung des Musikstudenten. Schreiben Sie auf, was Sie über seinen Zustand wissen, und bitten Sie die chinesischen Behörden, ihm die notwendige medizinische Behandlung und ausreichend Nahrung zukommen zu lassen.

Bitte senden Sie Telegramme, Faxe oder Luftpostbriefe an folgende Adressen: Premier of the People's Republic of China, Zhu Rongji Zongli, Guowuyuan, 9 Xihuangchenggenbeijie, Beijingshi 100032, People's Republic of China, Fax: +8610 6520 5316/467 7046 (Anrede: Your Excellency), Chairman of the Tibet Autonomous Regional People's Government, Legchog Zhuren, Xizang Zizhiqu Renmin Zhengfu, 1 Kang'angdonglu, Lasashi 850000, Xizang Zizhiqu, People's Republic of China (Anrede: Dear Chairman) sowie an: Prison Bureau Director of Xizang Autonomous Regional Bureau of Justice, Tsering Phuntsog Juzhang, Sifaju, Duodilu, Lasashi 850000, Xizang Zizhiqu, People's Republic of China (Anrede: Dear Director). *bs*

Kloster in Tibet von Schließung bedroht

Die chinesischen Behörden drohten damit, das Kloster Taglung Drag, das 15 Kilometer von Lhasa entfernt liegt, zu schließen. Dies berichtete das Tibet Information Network (TIN) Mitte Juni. Grund für die drohende Schließung sind nach Informationen des in London ansässigen Nachrichtendienstes die politischen Proteste, an denen immer wieder Mönche des Klosters beteiligt waren.

Der 22-jährige Mönch Ngawang Tse-drub, der in Taglung Drag lebt, hatte während einer offiziellen Veranstaltung zur Eröffnung des „Nationalen Sportfestes der Minderheiten“ im August 1999 „Tibet ist frei“ skandiert und wurde daraufhin zusammen mit seinem Mönchsbruder Ngawang Thogme verhaftet. Diesen klagten die Behörden an, ebenfalls in den Protest involviert gewesen zu sein, woraufhin er mit zwei Jahren „Reform durch Arbeit“ bestraft wurde. Zwei weitere Mönche aus Taglung Drag hatten am 10. März 1999, dem 40. Jahrestag des Aufstandes der Tibeter, mitten in Lhasa Slogans für die Unabhängigkeit Tibets gerufen. Dafür mußten sie drei bzw. vier Jahre ins Gefängnis gehen, nachdem sie am Ort des Geschehens von Sicherheitskräften brutal verprügelt wurden. Die Behörden verhängten nach den Ereignissen im März für die Mönche des betreffenden

Klosters eine Ausgangssperre und ein einmonatiges Verbot, religiöse Zeremonien durchzuführen. Die Beamten verstärkten ihre Kampagne zur patriotischen Umerziehung und führten Einzelsitzungen mit den Mönchen durch. Sie drohten damit, Mönche aus Taglung Drag zu vertreiben oder das Kloster ganz zu schließen, wenn sie sich weiterhin weigerten, den Dalai Lama und die Aktivitäten der tibetischen Regierung im Exil zu kritisieren.

Nicht nur im Kloster Taglung Drag ist die Situation prekär, auch im Kloster Reting im Distrikt Lhundrub, 100 Kilometer nördlich von Lhasa, gab es Proteste, nachdem die chinesische Führung Anfang dieses Jahres ihren Kandidaten Sönam Phuntsog als Wiedergeburt von Reting Rinpoche installiert hatte (s. Tibet und Buddhismus, Heft 53, Seite 37). Acht Mönche, die die Wiedergeburt nicht anerkennen wollten, wurden verhaftet. *bs*

Tibetische Reiseleiter in Tibet unter Druck



Rund 90.000 Touristen besuchen Tibet jedes Jahr. Westliche Reisende bevorzugen Tibeter als Reiseleiter.

Die Regierung der sogenannten Autonomen Region Tibet hat Berichten des Tibet Information Network (TIN) zufolge in letzter Zeit mehr als 100 chinesische Reiseführer rekrutiert. Tibetische Reiseführer, die bei westlichen Touristen sehr beliebt sind, geraten politisch, aber auch sozial unter Druck; sie fürchten aufgrund der neuen Situation um ihre Arbeitsplätze. Die Behörden verlangen von künftigen Reiseleitern den mittleren Abschluß einer chinesischen oder tibetischen Schule. Damit soll nach Einschätzung von TIN verhindert werden, daß Tibeter, die nach einem längeren Aufenthalt in Indien in ihre Heimat zurückkehren und über den gewünschten Abschluß nicht verfügen, in der Tourismusbranche arbeiten. Rund 3000 Tibeter reisen jedes Jahr

nach Indien, um dort Kurse in Englisch und tibetischer Kultur zu belegen, was für die Arbeit in der Tourismusbranche sehr nützlich ist. Meist unternehmen sie die Trips geheim und ohne Papiere. Aufgrund verschärfter Grenzkontrollen wird die überwiegende Mehrzahl der Reisenden jedoch identifiziert und manchmal drei Monate zu Verhören festgehalten.

Bewerber für den Posten des Reiseleiters müssen künftig eine politische Prüfung ablegen. TIN liegt der Prüfungsbogen vor, in dem beispielsweise gefragt wird: „Kapitalismus und Sozialismus sind hier, um zu bleiben. Wahr oder falsch?“ (Die richtige Antwort muß heißen: „Wahr“) In einer anderen Aufgabe sollen die Kandidaten den folgenden Satz vervollständigen „Alles, was es im Gebiet der Volksrepublik China gibt...“ mit der Aussage „...ist im Besitz des Staates.“ Auch wird die Haltung zu Taiwan abgefragt: „Können Diskussionen über das Thema Taiwan im Rahmen der Parameter zur „Ein China-Politik“ gelöst werden?“ (Die richtige Antwort muß „Ja“ lauten.) Darüber hinaus wird von den Anwärtern in dem Test erwartet, daß sie „die Interessen des Landes und die Ehre der Nation verteidigen“ werden. 1996 wurden die ersten Prüfungen für Reiseleiter in Tibet eingeführt. Sie dauerten 20 Tage und wurden von der Sicherheitspolizei und dem Büro für Tourismus abgenommen.



Tibet als Kulisse: Chinesischer Tourist läßt sich vor einem Bild des Potala ablichten.

TIN sieht als Grund für diesen Vorstoß der Behörden zum einen den Wunsch nach stärkerer Kontrolle. Kontakte zwischen Tibetern und westlichen Touristen stellen für China ein Sicherheitsrisiko dar. In einem offiziellen Papier, das TIN vorliegt, heißt es, daß Ausländer daran gehindert werden sollten, „an Aktivitäten teilzunehmen, die das nationale Interesse schädigen“. Zum anderen vermutet TIN, daß mehr chinesische Touristen nach Tibet gelockt werden sollen. Offiziellen Zahlen zufolge besuchen jedes Jahr rund 90.000 Touristen das Dach der Welt, wobei die Chinesen nur einen geringen Prozentsatz darstellen. *bs*

Raum der Stille in der Universität Hamburg

Im Erdgeschoß des Fachbereiches für Erziehungswissenschaften an der Universität Hamburg steht nun an mehreren Tagen in der Woche ein Raum für das Gebet und die Meditation zur Verfügung. Er verdankt seine Entstehung der Kooperation einer Projektgruppe von christlichen, jüdischen, muslimischen und buddhistischen Mitarbeitern unter Beteiligung von Mitgliedern des Tibetischen Zentrums. Die Initiative entsprang der Beobachtung, daß an der Universität zwar viele Informationen für den Kopf vermittelt werden, Platz für die Entwicklung der seelischen Kräfte aber fehlt. Ein ruhiger, freundlich eingerichteter Raum bildet nun den äußeren Rahmen für die innere Sammlung. Der Raum der Stille steht religiösen und nicht-religiösen Menschen gleichermaßen zur Verfügung und trägt dem allgemeinen menschlichen Bedürfnis nach Besinnung Rechnung. Das Projekt orientierte sich an multireligiösen Räumen, wie es sie auch in einigen großen Flughäfen und Krankenhäusern und im Brandenburger Tor in Berlin gibt. Da Vertreter verschiedener Religionen den Raum gestalteten, setzten sie damit auch ein positives Zeichen in Richtung Toleranz in der zunehmend multikulturellen Umwelt. Für eine moderne Universität ist es darüber hinaus sinnvoll, sich Gedanken über neue Wege ganzheitlicher Pädagogik zu machen und den Einfluß der emotionalen Ausgeglichenheit auf die Lernfähigkeit stärker als bisher zu berücksichtigen. Vielleicht kann dieses Projekt einen kleinen Beitrag dazu leisten, die Ausbildung an unseren Universitäten zu vervollständigen, indem der Ausbildung des Herzens Raum gegeben wird. Der Dalai Lama äußerte sich zu diesem Thema folgendermaßen: „Der Mensch besteht aus Körper und Geist. Meinem Eindruck nach stehen im westlichen Bildungssystem die materiellen Dinge und Zusammenhänge einseitig im Vordergrund. Das aber ist unzureichend. Wir brauchen eine gezieltere Erziehung und Formung der inneren geistigen Welt. [...] Wir müssen uns um die Entwicklung der Qualitäten des Wissens und des Herzens gleichzeitig bemühen.“

Zur Pflege des Raumes werden noch Helfer gesucht. Informationen erhalten Sie bei der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), Pastor Simonsen, Telefon: 040- 411704-13.

Oliver Petersen